

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Notverordnung zur Wirtschaftsfinanzierung

Rasche Selbsthilfe: Kontrolle der Devisenanforderungen und Gemeinschaftsgarantien für bedrohte Banken

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Juli. Da den bisherigen Kreditbemühungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers der Erfolg versagt war, hat sich nun das Reichskabinett entschlossen, in die rasche wirtschaftliche Lage, deren bedrohlicher Charakter sich insbesondere durch die starken Devisenabflüsse am Sonnabend zeigte, deren Anhalten für den Montag zu befürchten war, mit einer

weiteren Notverordnung

eingzugreifen. In der Reichskasse fanden am Sonntag hunderttausende Beratungen statt, die schließlich eine offizielle Kabinettsitzung zur Folge hatten, in der die Beschlüsse vorbereitet wurden, die im Laufe der Nacht unter dem gemeinsamen Titel

„Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Wirtschaft“

bekanntgegeben werden. Die neuen Maßnahmen werden in Form einer Notverordnung des Reichspräsidenten veröffentlicht werden. Der Grundgedanke der neuen Maßnahmen ist der, sich nicht auf fremde Finanzhilfe zu verlassen, sondern ausschließlich selbst Schritte zur inneren Sanierung zu unternehmen. Das Kabinett kam zu der Ansicht, daß noch vor der Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbank Deutschland zu

Schritten der Selbsthilfe

schreiten müßte. Um an den entscheidenden Kabinettsberatungen teilnehmen zu können, ist der Reichsbankpräsident Dr. Luthers, der in der Vorfeser Sitzung bereits um 8 Uhr nachmittags von Berlin abfahren wollte, in der Reichshauptstadt geblieben. An seiner Stelle ist Geheimrat Hoffe vom Reichsbankdirektorium nach Basel geflogen, wo er noch heute abend, also vor der offiziellen Sitzung der Internationalen Zahlungsbank, Besprechungen mit den Notenbankpräsidenten des Auslandes hatte, um ihnen mitzuteilen, welche Maßnahmen in Berlin beabsichtigt sind.

Die vom Kabinett beschlossenen Schritte verfolgen einen doppelten Zweck, einmal eine wirtschaftlich zweckmäßige Verwertung der in Deutschland vorhandenen Bestände an fremden Geldorten, und zweitens gleichzeitig eine gegenseitige Unterstützung der deutschen Großbanken untereinander, damit durch Zusammenarbeit die Gefahr von Schwierigkeiten für Einzelunternehmungen vermieden wird.

Bei dem Eingreifen in die Devisenwirtschaft handelt es sich naturgemäß vor allem darum, Anforderungen nach fremden Geldorten für ganz unwirtschaftliche Zwecke, also vor allem die sogenannten „Anglkäufe“ deutscher Marktbekker, für die Zukunft zu verhindern.

Bei der Zusammenarbeit der Banken kommt eine Gemeinschaftsgarantie für die Kreditbeschaffung, aber auch für die Beschaffung innerer Kredite in Betracht, wie sie durch die letzte Notverordnung auf dem Wege über

die Goldkassendebank zur Beschaffung ausländischer Kredite gebildet wurde.

Durch die neue Notverordnung soll erreicht werden, daß Banken, die an und für sich geschäftlich gesund sind, aber durch die augenblickliche Krise in Schwierigkeiten geraten, durch gemeinschaftliche und Reichsgarantien während der nächsten Zeit gehilft werden dürfen.

Das Kabinett wird ermächtigt, eine solche Reichsgarantie in bestimmten Fällen zu übernehmen. Diese innere wirtschaftliche Maßnahme soll offenbar die Grundlage für die Kredithilfe darstellen, die man für die Reichsbank erwartet. Amerikanische Geldungen haben von der Möglichkeit zu beschränkter Kredite für die Reichsbank gesprochen. Es würde aber sowohl nach Auffassung der Berliner Kreditgeber keinen Sinn haben, solche Kredite anzunehmen, wenn sie durch die Devisenanforderungen in Deutschland nach wenigen Tagen wieder verbraucht werden. Die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen zur unbedingten Sicherung der deutschen Banken und damit zur allgemeinen Herabsetzung im deutschen Wirtschaftsleben veranlaßt den Reichsfiskus schon in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zu

sehr eingehenden Besprechungen mit den Vertretern verschiedener großer Privatbanken.

Am Sonntagvormittag hatten dann die leitenden Verantwortlichen der Privatbanken eine Besprechung unter sich. Die Sorge der Reichsregierung um die finanzielle Lage des

Deutschen Reiches infolge der Vorgänge an der Sonnabendbörse ist so außerordentlich groß, daß am Sonnabend von 6 Uhr abends bis 2 Uhr nachts, ohne Unterbrechung, Verhandlungen des Reichsfiskus und einiger Mitglieder des Kabinetts mit dem Reichsbankpräsidenten und den Vertretern der Banken stattfanden. In diesen Verhandlungen nahm man zunächst einen Bericht des Reichsbankpräsidenten über die Pariser Verhandlungen entgegen und beschäftigte sich dann mit der wirtschaftlichen Lage. Von den französischen politischen Bedingungen und von der Möglichkeit, Kredite aus Frankreich bereinzuholen, ist nach dem Bericht des Reichsbankpräsidenten in den Verhandlungen der Mitglieder des Reichskabinetts nicht mehr die Rede gewesen.

Die Mitglieder des Kabinetts haben die von Frankreich in inoffizieller Form gegenüber dem Reichsbankpräsidenten namhaft gemachten Bedingungen abgelehnt, vor allem unter dem Gesichtspunkte, daß eine Erfüllung dieser politischen Bedingungen nur neue politische Forderungen Frankreichs nach sich ziehen würde.

Man beurteilte am Sonntagabend in der Wilhelmstraße die

Möglichkeit eines amerikanischen Kredits auch sehr zurückhaltend

und erklärte, daß zumindest offizielle Mitteilungen der Banken aus New York abgewartet werden müßten. Selbst wenn aber ein amerikanischer Kredit kommen sollte, würden dazu Verhandlungen notwendig sein, die einen Abschluß nicht vor Dienstag oder Mittwoch ermöglichen. Auch aus diesem Grunde habe die Reichsregierung sich genötigt gesehen, einsetzende innere Maßnahmen zu beschließen.

Deutscher Mahnruf an die Tributgläubiger

Im Laufe des Sonnabends hatte die Reichsregierung ihre Vertreter in den größeren europäischen Hauptstädten und in Washington beauftragt, bei den dortigen Regierungen auf die außerordentlich ernste Finanzlage Deutschlands und die Folgen einer politischen und finanziellen Verwirrung hinzuwirken. Dabei haben die Botschafter auch zum Ausdruck gebracht, daß jede politische Bedingung für eine Deutschland zugewandte Kredithilfe eine innerpolitische Krise Deutschlands zur Folge haben müßte. Durch die Herabsetzung nach dem Bericht auf die Isolation mit Österreich würde der Außenminister Dr. Curtius zum Rücktritt gezwungen werden, was auch das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung zur Folge hätte. Dadurch aber würde das Kabinett Bränning parlamentarisch in die Welt hineingeworfen und müßte notgedrungen dann seinen Rücktritt nehmen. Welche Folgen

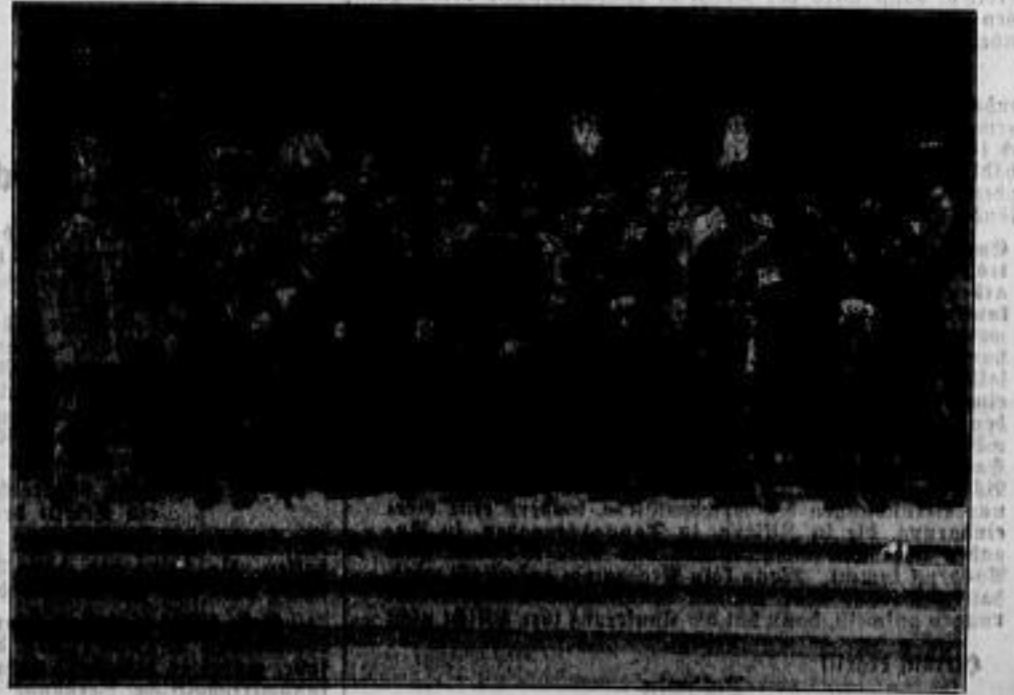
diese Erörterungen in den ausländischen Hauptstädten haben werden, steht im Augenblick noch dahin.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat durch den stellvertretenden Staatssekretär Cassile offiziell erklärt lassen, daß er kein Geschäft der Reichsregierung um Kredithilfe erhalten habe, daß er auch nicht in der Frage eines Kredites bei der Federal Reserve Bank vermittelte habe. Der Präsident habe keine Vollmacht über diese Bank und er habe auch nicht versucht, die Bank irgendwie zu beeinflussen. Eine Botschaft aus Washington an Deutschland sei nicht abgegangen, und der Präsident habe keinen Meinungsaustausch mit Deutschland gepflogen. Diese Äußerung des amerikanischen Staatssekretärs entspricht in ihrem offiziellen Wortlaut den Tatsachen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten ist aber trotzdem auf die Lage in Deutschland sehr dringend aufmerksam gemacht worden.

Es ist möglich, daß bei der starken offiziellen Zurückhaltung des Weißen Hauses dennoch bei den amerikanischen

Der Waffentag der Kavallerie in Dresden



Die Spitze der Saargruppe aus dem Zuge der Kavallerie und Reitervereine durch die Stadt

Generalmajor v. Madsen und die ungarischen Offiziere auf der Treppe des Rathauses beim Verbrüderung